

Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 286 (2013)
Rubrik: Jahreschronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 27.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Jahreschronik

(1. MAI 2011 BIS 30. APRIL 2012)

Diese Zeitspanne wurde hauptsächlich von zwei Ereignissen geprägt: einerseits von den weltweiten Turbulenzen im Währungssektor und von der Schuldenkrise der Euroländer und andererseits von den Umwälzungen in den ara-

bischen Ländern. Sie sind in zwei Schwerpunkten länderübergreifend zusammengefasst. Die übrigen Ereignisse werden wie üblich in chronologischer Reihenfolge erwähnt.

Weltweite Wirtschaftssituation, Dollar- und Eurokrise

Im laufenden Jahr sorgten weltweit hohe Haushaltsdefizite und Schuldenquoten der westlichen Staaten für ausserordentliche Bewegungen an den Devisenmärkten. Im Verlaufe dieser Krisen sanken die Notierungen für den US-Dollar wie den Euro stärker ab, als je für möglich gehalten wurde. Das hatte wesentliche Folgen für alle anderen Währungen. Gegenüber dem Schweizer Franken sank der Dollar auf ca. 90 Rappen und der Euro auf ca. 1 Franken! Für unser Land, das stark exportorientiert und vom Tourismus abhängig ist, hatte das wesentliche Auswirkungen. Der Euroraum ist unser wichtigster Handelspartner, und im überseeischen Handel wird sehr oft der US-Dollar als Währung benutzt. Mit anderen Worten: Im Laufe des Jahres verteuerten sich die Produkte unserer Exporteure, und beim Tourismus blieben die Leute aus den Nachbarländern aus. Viele Betriebe – Hotels, KMU und Grossbetriebe – gerieten dadurch in ernsthafte Schwierigkeiten. Um den Druck auf die Preise etwas zu entschärfen, gab die Schweizerische Nationalbank am 6. September bekannt, dass sie ab sofort einen Wechselkurs von CHF 1.20 für einen Euro akzeptiert und den auch verteidigen wird.

Die Krisen beider Währungen haben Gemeinsamkeiten, sie sind aber gesondert zu betrachten.

Beim US-Dollar ist die Krise hausgemacht

Die USA leben seit längerer Zeit weit über ihren Verhältnissen. Sie sind das Land mit der weitaus höchsten Staatsverschuldung gegenüber dem Ausland. Diese erreicht nun bald die unvorstellbare Summe von 15 Billionen Dollar. Allein im Fiskaljahr 2012 ist eine weitere Verschuldung von 1,2 Billionen Dollar vorgesehen. Alle Akteure sind sich einig, dass etwas gegen diese Verschuldung getan werden muss. Aber beide involvierten Parteien geben dem Gegner die Schuld. Die Demokraten beharren auf höheren Steuern und sind gegen Einsparungen im Sozialbereich. Demgegenüber lehnen die Republikaner höhere Steuern ab und sind für mehr Einsparungen im Sozialbereich. Unter diesen Umständen brachte auch die Einsetzung einer «Superkommission» zur Lösung der Schuldenkrise nichts. Da im Jahr 2012 der Präsident und ein grosser Teil der Legislative wieder gewählt werden müssen, bleibt die Blockade voraussichtlich bis zum Wahltermin bestehen.

Gegensatz dazu ist die Euro-Krise

17 Staaten der EU haben vor zehn Jahren den Euro als gemeinsame Währung eingeführt. Nach der Finanzkrise von 2009 führten staatliche Rettungsaktionen von Banken und Beschäftigungsprogramme gegen steigende Arbeitslosigkeit zu hohen Verschuldungen vieler Staaten. Der Ausgangspunkt war ähnlich wie in den USA. Im Euroraum betraf es aber hauptsächlich einzelne Staaten. Besonders betroffen waren Griechenland, Irland, Portugal und in geringerem Mass Spanien und Italien. Die Krise nahm ihren Anfang im Winter 2009/10. Griechenland gab erstmals zu, die tatsächliche Staatsverschuldung verschleiert zu haben. Die EU und der IWF wurden um Hilfe gebeten, um eine Insolvenz des Staates abzuwenden. Anschliessend folgten Irland und Portugal. Sie konnten ebenfalls die Zinsen für ihre ausstehenden Anleihen nicht mehr zahlen. Spanien und in geringerem Mass Italien bekundeten Mühe, am Kapitalmarkt Kredite aufzunehmen. Das löste eine enorme Hektik der Politik aus.

Unter der Leitung der deutschen Kanzlerin Merkel und des französischen Präsidenten Sarkozy trafen sich die Verantwortlichen an vielen Krisensitzungen. Mithilfe des Internationalen Währungsfonds (IWF) und des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (EFSF) wurden bisher Staatsinsolvenzen in Griechenland, Irland und Portugal abgewendet. Die sogenannten Rettungsschirme des EFSF mussten mehrmals aufgestockt werden. Zur Rettung des Euro scheute man sich nicht vor umstrittenen Massnahmen wie Notbürgschaften und Notkrediten. Ebenso umstritten ist die Einschaltung der Europäischen Zentralbank, die durch den Ankauf von Staatspapieren der Krisenstaaten Schulden monetisiert hat. Über alles gesehen führten Vertragsbrüche der EU-Staaten zu dieser Situation. Es waren die beiden grössten Länder, Deutschland und Frankreich, die vereinbarte Regeln der Staatsverschuldung als Erste nicht einhielten.

Mit verschärften Regeln, die im Januar beschlossen wurden, versucht man nun die Situation wieder in den Griff zu bekommen.



Das war einmal ... (Foto Keystone)

Wichtige Ereignisse im In- und Ausland

Schweiz

Eidgenossenschaft

Die Atomkatastrophe in Japan hat ebenfalls in der Schweiz schwerwiegende Folgen. Der Bundesrat gibt am 25. Mai bekannt, dass er den vollständigen Ausstieg aus der aktuellen Atomtechnologie bis im Jahr 2034 plant. Die erste Stilllegung von Atomkraftwerken soll bereits im Jahr 2019 erfolgen. Der Nationalrat stimmt im Juni und der Ständerat im September dem grundsätzlichen Fahrplan zu. Anfang Dezember nimmt dann der Bundesrat eine Auslegeordnung zum geplanten Atomausstieg vor. Der soll durch verschiedene Massnahmen erreicht werden. Mit einer Verschärfung der Mindestanforderungen an die Geräte, einem Bonus-Malus-System, einer ökologischen Steu-



Eveline Widmer-Schlumpf, Bundespräsidentin für das Jahr 2012 (Foto Keystone)

erreform und dem Ausbau der Wasserkraft soll der Stromverbrauch stabilisiert werden.

Erstmals erfolgt Mitte Juni die Wahl des neuen Bundesanwalts Michael Lauber durch die Vereinigte Bundesversammlung. Der Bisherige Ernst Beyeler wurde abgewählt. Kritik wurde an seiner Amtsführung im Allgemeinen und insbesondere im Fall des Bankiers Holenweger geübt.

Ende Juni beschliesst der Bundesrat per Anfang 2013 die Zusammenlegung der Bundesämter für Bildung, Forschung und Innovation unter dem Dach des Volkswirtschaftsdepartements. Bisher waren sie auf die zwei Departemente des Inneren und der Volkswirtschaft aufgeteilt.

Anfang September gibt Micheline Calmy-Rey ihren Rücktritt aus dem Bundesrat bekannt. Als Aussenministerin führte sie das Departement eigenwillig und war bekannt für ihre Eskapaden. Im Volk war sie trotzdem beliebt.

Am 23. Oktober finden die Wahlen ins eidgenössische Parlament statt. Im Nationalrat gehen die beiden neuen Parteien BDP und GLP als Sieger hervor. Die beiden gewinnen je neun Sitze hinzu. Der Aufstieg der SVP wird gebremst. Sie verliert 2,3% ihres Wähleranteils von 2007 und damit acht Sitze. Trotzdem bleibt sie die stärkste Kraft im Land. Verlierer sind auch die FDP und die Grünen. Beide haben in der neuen Kammer fünf Sitze weniger. Die CVP verliert drei Sitze. Von den grossen Parteien können lediglich die Sozialdemokraten drei Sitze zulegen – das trotz eines Verlustes an Wähleranteil.

Für den *Ständerat* wird vieles erst im zweiten Wahlgang entschieden, da meistens nach dem Majorzverfahren gewählt wird. Die SVP hatte vorgängig einen Grossangriff auf die Sitze im «Stöckli» angemeldet. Das misslang deutlich. Alle Exponenten des Führungszirkels werden nicht gewählt. Im Kanton St. Gallen gewinnt der SP-Mann und Gewerkschaftsvertreter Paul Rechsteiner. Der Favorit Toni Brunner, Präsident der SVP Schweiz, muss eine bittere Niederlage einstecken. Im Kanton Zürich gelingt es der «grauen Eminenz» der SVP – Christoph Blocher – nicht, die Bisherigen Felix Gutzwiller (FDP) und Verena Diener (Grünliberale) aus dem Amt zu drängen. Im Kanton Bern wird sogar der im Frühjahr gewählte Adrian Amstutz abgewählt und durch den SP-Mann Hans Stöckli ersetzt.

Als Gewinnerin der nationalen Wahlen geht die Sozialdemokratische Partei hervor. Insgesamt verfügen nun die Parteien in beiden Kammern über folgende Anzahl Sitze: SVP 62, SP 57, CVP/EVP 44, FDP-Liberale 41, GPS (Grüne) 17, GLP (Grünliberale) 14, BDP 10. Fraktionslos ist 1 Vertreter.

Am 14. Dezember wird der Bundesrat neu bestellt. Die aktuelle Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey (SP) muss ersetzt werden, da sie am 7. September ihren Rücktritt per Ende Jahr bekanntgegeben hatte. Dabei wird der unbeholfen vorgetragene Anspruch der SVP auf einen zweiten Bundesratssitz zurückgewiesen. Der erstgekürte Kandidat der SVP,

Bruno Zuppiger (ZH), muss sich nach Vorwürfen aus einem Erbskandal zurückziehen. Kurz vor der Wahl stellt die SVP ihren Bauernvertreter Hansjörg Walter (TG) als Kandidaten auf. Da Hansjörg Walter aktueller Nationalratspräsident ist, wird die Wahl ausnahmsweise vom Präsidenten des Ständerates durchgeführt. Alle bisherigen Bundesräte werden im ersten Wahlgang bestätigt, und für die SP wird der Freiburger Alain Berset im zweiten Wahlgang mit 126 Stimmen gewählt.

Am 9. Januar 2012 tritt Philipp Hildebrand als Präsident der Schweizerischen Nationalbank zurück. Der Fall von Hildebrand beschäftigt während Wochen die Politik und zieht weite Kreise auch in der Justiz. Auslöser war ein Devisengeschäft im August 2011 von Frau Hilde-



Der Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, tritt zurück (Foto Keystone)

brand zu sehr tiefem Dollarkurs und kurz vor der Festlegung eines Mindestkurses für den Euro. Dabei wurde ein bedeutender Gewinn erzielt. Daraus entstand der Vorwurf von Insiderwissen. Kenntnis von diesen Vorgängen erhielten SVP-Exponenten über einen Datendiebstahl in der Bank der Hildebrands. Christoph Blocher informiert die Bundespräsidentin, und es werden umfangreiche Abklärungen getroffen. Der politische Schaden ist so gross, dass Philipp Hildebrand trotz seines ausgezeichneten Rufs als Bankpräsident zurücktreten muss. Der Fall wird die Justiz noch längere Zeit beschäftigen, da doch einige strafbare Handlungen dabei vorkamen. – Erst am 24. April ernennt der Bundesrat erwartungsgemäss Thomas Jordan zum neuen Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank.

Bei der Abstimmung im März kommen gleich vier Initiativen vors Volk. Dabei wird lediglich die Zweitwohnungs-Initiative ganz knapp mit 50,6% angenommen, die den Zweitwohnungsbau auf 20% des Bestandes einer Gemeinde beschränkt. Sie richtet sich hauptsächlich gegen die sogenannten «kalten» Betten in den Berggebieten. Die Bergkantone haben alle die Initiative abgelehnt. Die Umsetzung der Initiative wird noch viele Fragen aufwerfen. Keine Mehrheiten finden die übrigen Volksbegehren. «Sechs Wochen Ferien für alle» wird wuchtig mit 66,5%, die «Bausparinitiative» mit 56% und die Wiedereinführung der Buchpreisbindung mit 56,1% abgelehnt.

Kanton Bern

Nach dem ersten Schneefall vom 10. Oktober und anschliessend starkem Regen treten im Oberland Flüsse und Bäche über die Ufer und richten schwere Schäden an. Vielerorts wird der Strassen- wie der Schienenverkehr unterbrochen. Betroffen sind insbesondere die Gebiete von Frutigen, Kandergrund, Zweisimmen, Lauterbrunnen, Zweilütschinen, Wilderswil und Guttannen. Es kommt zu keinen Personenschäden, aber vielerorts müssen Leute evakuiert werden. Das Unwetter zog vom Wallis, wo das Lötschental stark betroffen war, über das Berner Oberland bis in die Innerschweiz.

Das AKW Mühleberg der BKW stand wieder einmal im Fokus der Öffentlichkeit. Im März entscheidet das Bundesverwaltungsgericht, dass die unbefristete Betriebsbewilligung des ENSI im Hinblick auf die offenen sicherheitstechnischen Fragen rund um das AKW nicht zu rechtfertigen sei. Erwartungsgemäss wird dieses Urteil nun an das Bundesgericht weitergezogen. Bei dieser Auseinandersetzung soll auch abschliessend die Zuständigkeit von Betriebsbewilligungen geklärt werden. Ist es das ENSI (Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat) oder das Departement des Bundes für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK)?

Hans Grunder, Berner Nationalrat, gibt seinen Rücktritt als Präsident der BDP Schweiz auf

Anfang Mai 2012 bekannt. Er führte die BDP in den Anfangsjahren, nach der Abspaltung von der SVP, zu einer festen Grösse in der politischen Landschaft der Schweiz.

Stadt Bern

Das 2008 eröffnete Einkaufs- und Erlebniszentrum Westside in Bümpliz ist am 12. April 2011 von einem folgenschweren Unglück heimgesucht worden. Ein 110 m² grosses und 3 t schweres Stück der Decke des Erlebnisbades löste sich und fiel zu Boden, wobei es mehrere Verletzte gab. Schuld daran waren gemäss einem Gutachten der EMPA Planungs- und

Lichtprojektionen am Bundeshaus (Foto Keystone)



Montagefehler. Das Bad bleibt während der ganzen Berichtsperiode geschlossen.

Im Zusammenhang mit den Diskussionen, die durch das AKW-Unglück in Fukushima ausgelöst worden waren, bauten Anti-AKW-Aktivist*innen im April 2011 vor dem BKW-Hauptsitz eine Zeltstadt mit Küche auf. Nach mehreren erfolglosen Gesprächsrunden muss der Gemeinderat das Camp am 26. Juni durch die Polizei räumen lassen.

Im Herbst 2011 waren während sechs Wochen allabendlich zwei zwanzig Minuten dauernde Lichtprojektionen des Lichtkünstlers Benoît Quéro zu sehen, die beim Publikum auf grosse Begeisterung stiessen.

International

UNO

Die Unterorganisation UNESCO nimmt an der Generalkonferenz Ende Oktober Palästina als Vollmitglied auf – das trotz des Widerstands der USA und Israels. Aufgrund von geltenden Gesetzen stellen die USA die Beitragszahlungen an die UNESCO ein. Damit verliert die Organisation mit einem Schlag mehr als einen Fünftel ihres Einkommens. Als Reaktion kündigt Israel den Bau weiterer Siedlungen in den besetzten Gebieten an und hält Zoll- und Steuereinnahmen für die Autonomiebehörde der Palästinenser in Westjordanland zurück.

Internationales Rotes Kreuz (ICR)

Am 19. Oktober wählt das Komitee Peter Maurer, Schweizer Staatssekretär im Aussen-departement, als neuen Präsidenten. Ab Mitte 2012 löst er den zurücktretenden Jakob Kellenberger ab.

Europa

Europäische Union (EU)

Am Gipfeltreffen im Dezember widersetzt sich Grossbritannien der Änderung der Verträ-

ge der Europäischen Union. Mit der Änderung wurde eigentlich eine Fiskalunion der 27 Länder angestrebt. Da der Finanzplatz für London sehr wichtig ist und sie kein Vetorecht durchsetzen konnten, verweigern die Briten ihr Einverständnis. Das führt zu einer Isolation Grossbritanniens und einer Spaltung innerhalb der EU. Die Regierungschefs beschliessen aber verschärfte Spar- und Kontrollauflagen für die Haushalte der einzelnen Nationalstaaten.

Am EU-Gipfeltreffen im Dezember wird Kroatien als 28. Mitglied in die EU aufgenommen. Das europäische Parlament gibt grünes Licht für die definitive Aufnahme des Landes ab 1. Juli 2013.

Bundesrepublik Deutschland (BRD)

Gegen Ende Mai grassiert in Deutschland eine Durchfallepidemie, hervorgerufen durch Ehec-Bakterien. Total erkrankten 3842 Personen, 53 Personen sterben in Deutschland. Es dauert mehrere Wochen, bis der Erreger identifiziert werden kann. Die Information der Bevölkerung erfolgt chaotisch, und viele Gemüseproduzenten erleiden hohe Ausfälle, nachdem Gurken, Tomaten und Salate als Träger der Bakterien vermutet wurden. Selbst die EU wird gezwungen, aus einem Notfallfonds hohe Entschädigungen für Produzenten zu sprechen. Schliesslich werden Sprossen aus dem ägyptischen Bockshornklee als Träger identifiziert.

In einer Volksabstimmung Ende November sprechen sich die Einwohner von Baden-Württemberg überraschend deutlich mit 58,8% Ja-Stimmen für das umstrittene Projekt «Bahnhof Stuttgart 21» aus.

Christian Wulff (CDU) tritt am 17. Februar 2012 von seinem Amt als deutscher Bundespräsident zurück. Das Amt bekleidete er erst seit dem 30. Juni 2010. Er war der 10. Bundespräsident. Gestolpert ist er über eine Kreditaffäre um ein Eigenheim und eine Reise nach Sylt, die von einer Drittperson finanziert wurde.



Joachim Gauck, Präsident der Bundesrepublik Deutschland
(Foto Keystone)

Als 11. Bundespräsident wird am 18. März Joachim Gauck gewählt. Der frühere Pastor war vor dem Mauerfall in Deutschland ein bekannter Bürgerrechtler und leitete später die sogenannte «Gauck-Behörde», welche die Stasi-Unterlagen der früheren DDR untersuchte.

Frankreich

Finanzministerin Christine Lagarde wird am 28. Juni als erste Frau an die Spitze des Internationalen Währungsfonds (IWF) gewählt. Sie tritt die Nachfolge von Dominique Strauss-Kahn an, der nach dem gegen ihn eröffneten Strafverfahren in den USA zurückgetreten ist.

Mitte Oktober halten die französischen Sozialisten Primärwahlen ab. François Hollande setzt sich dabei gegen die Parteipräsidentin Martine Aubry durch. Er erreichte 57% der Stimmen. Damit wird er zum offiziellen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr 2012.

Belgien

Am 14. März ereignet sich im Wallis ein schrecklicher Carunfall mit Schülern und Begleitern. Die Gruppe aus Belgien war auf dem Heimweg aus einem Skilager im Val d'Anniviers, als der Car im Autobahntunnel bei Siders frontal in die Wand einer Nothaltestelle fuhr. Von den 52 Insassen kommen 28 ums Leben, und 24 werden verletzt. Bei den Toten handelt es sich um 22 12-jährige Kinder und sechs erwachsene Begleitpersonen. Ganz Belgien stand unter Schock.

Grossbritannien

Ein grosser Medienskandal erschüttert Grossbritannien im Juli. Journalisten der «News of the World», des meistgelesenen Boulevardblattes Englands, haben auf der Suche nach brisanten Geschichten seit Jahren Telefone abgehört und Polizisten bestochen. Der Besitzer des Verlags, Rupert Murdoch, muss die Zeitung nach 168 Jahren einstellen. Die Verflechtung von Medien, Politik und Polizei bis in hohe Stellen wird offensichtlich. Der Kommunikationschef von Premierminister Cameron, Coulson, wird vorübergehend verhaftet. Er war von 2007 bis Anfang 2011 Chefredaktor des Blattes. Der Chef von Scotland Yard, Paul Stephenson, muss zurücktreten, ebenso Rebekah Brooks, Chefin von Murdochs Imperium in Grossbritannien. Im Zuge des Skandals muss sich Rupert Murdochs Konzern «News Corporation» dem politischen Widerstand aller politischen Parteien beugen und auf die geplante Übernahme der grössten britischen Fernsehgruppe BSkyB verzichten.

Im August brechen im Stadtteil Tottenham von London schwere Krawalle aus. Gebäude, Polizeifahrzeuge und Busse werden angezündet. Urheber sind meistens Jugendliche. Auslöser war der Tod eines jungen Familienvaters, den eine Polizeieinheit erschoss, die gegen Bandenkriminalität vorging. Premierminister Cameron stockt die Polizei von 6000 auf 16000 Mitglieder auf. Kriminelle werden sofort verurteilt. Nach vier Tagen und Nächten von Gewalt und Rechtlosigkeit trägt die harte

Repression Früchte, und die Unruhen werden beendet.

Italien

Der schillernde Ministerpräsident Silvio Berlusconi gibt am 16. November sein Amt ab. Nachfolger wird der parteilose Wirtschaftsfachmann Mario Monti. Die politische Karriere von Berlusconi war ungewöhnlich lang: Ministerpräsident von 1994 bis 1996, dann von 2001 bis 2006 und 2008 bis zum jetzigen Rücktritt. Übergangsweise war er auch Außen-, Wirtschafts- und Gesundheitsminister. 1993 gründete er die Partei Forza Italia, die ab 2009 in der von ihm gegründeten Partei Popolo della Libertà aufging. Während seiner Karriere begleiteten ihn immer wieder Affären und Skandale. Er machte oft polarisierende Aussagen, Scherze und Zoten im Heimatland wie im Ausland. Er zeigte sich regelmässig mit jungen schönen Frauen. Das war auch ein Mitgrund, dass seine zwei Ehen scheiterten. Silvio Berlusconi ist ein erfolgreicher Unternehmer und gilt als einer der reichsten Männer Italiens. Wegen seiner vielfältigen geschäftlichen Beteiligungen entstanden Interessenkonflikte, die zu zahlreichen Gerichtsverfahren führten.

Spanien

Die baskische Terrororganisation ETA verkündet am 19. Oktober das definitive Ende des bewaffneten Kampfes. Während 43 Jahren hielt sie diesen gegen die spanische Zentralregierung aufrecht.

Bei den Parlamentswahlen vom 20. November erringt der konservative Partido Popular einen grossen Sieg und kann sich auf eine absolute Mehrheit stützen. Neuer Regierungschef wird Mariano Rajoy. Die Sozialdemokraten unter dem bisherigen Ministerpräsidenten Zapatero werden für ihr mangelhaftes Krisenmanagement abgestraft und schliessen mit dem schlechtesten Resultat seit Bestehen der spanischen Demokratie ab.

Griechenland

Das Land befindet sich in einer schweren Krise. Der Staat ist praktisch insolvent und überlebt nur dank Krediten der EU und des IWF (s. Euro). Die Arbeitslosigkeit ist ausserordentlich hoch und führt zu sozialen Spannungen. Seit dem Rücktritt von Georgios Papandreou im November führt der Wirtschaftsfachmann Loukas Papademos eine Übergangsregierung und leitet die Umsetzung des strikten Sparkurses zur Sanierung des Staatshaushalts.

Tschechien

Am 18. Dezember stirbt der Schriftsteller und Politiker Václav Havel. Er war Hauptbeteiligter der «samtenen» Revolution gegen das kommunistische Regime. Von 1989 bis 1992 war er Präsident der Tschechoslowakei und nach der Abtrennung der Slowakei von 1993 bis 2003 Präsident der Republik Tschechien.

Serbien

Am 26. Mai wird Ratko Mladic im serbischen Dorf Lazarevo in der Vojvodina verhaftet. Als Anführer der Serben war er verantwortlich für viele «Säuberungen» und wurde in erster Linie als Hauptverantwortlicher des Genozids von Srebrenica jahrelang gesucht. Bereits 1995 wurde er zur Verhaftung durch das UNO-Tribunal ausgeschrieben und muss sich nun in Den Haag verantworten.

Ukraine

Die frühere Ministerpräsidentin und jetzige Oppositionsführerin Julia Timoschenko wird in Kiew am 11. Oktober zu sieben Jahren Haft verurteilt. Überdies darf sie an den Parlamentswahlen von 2012 nicht teilnehmen. Timoschenko erklärt, dass der Prozess ein Rachefeldzug ihres Widersachers Janukowitsch sei.

Russland

Am 4. März wird Wladimir Putin erwartungsgemäss wieder zum Präsidenten der Russischen Föderation gewählt. Während vier Jahren war er Ministerpräsident, da ihn 2008 die Verfassung daran hinderte, seinen vorangegangenen Perioden als Präsident eine neue hinzu-

Arabischer Frühling

Den arabischen Protestbewegungen sind im Vorjahr zwei Diktatoren und in diesem Jahr wieder zwei weitere zum Opfer gefallen. Der einigende Ruf nach Demokratie, Würde und Arbeit brachte in friedlichen Aufständen den Sturz der Diktatoren in Tunesien und Ägypten. In dieser Berichtsperiode folgten nun Libyen und Jemen. In Syrien dauert seit Monaten ein Machtkampf an, der sich zum eigentlichen Bürgerkrieg entwickelt.

Dank einem Überraschungseffekt gelang in Tunesien und Ägypten der Umsturz friedlich, und die Diktatoren Ben Ali und Mubarak wurden verjagt. Ben Ali verliess das Land, und Mubarak wurde vor ein Gericht gestellt. In Libyen kam es zu einer harten militärischen Auseinandersetzung zwischen den Kräften Muammar Gaddafis und den Auf-

ständischen. Die Letzteren verfügten über keine Luftwaffe, und Gaddafi beschoss mit seinen Flugzeugen die Bevölkerung. Zu ihrem Schutz griffen NATO-Streitkräfte hauptsächlich aus Frankreich und Grossbritannien mit Flugzeugen ein. Das Regime von Gaddafi war geprägt von Willkür, Terror und gekauften Loyalitäten. Die Auseinandersetzung endete mit dem Tod des Diktators.

Man weiss nicht, wohin die arabische Revolution in all diesen Ländern steuert. Angesichts der grossen wirtschaftlichen sowie der Sicherheitsprobleme folgte der Euphorie die Ernüchterung auf dem Fuss. Die Errichtung von Demokratien nach westlichem Vorbild erweist sich als sehr schwierig, da die nötigen Strukturen nach all den Jahren diktatorischer Herrschaft fehlen. Das zeigt sich auch darin, dass viele Bewohner diese Länder verliessen.

zufügen. Er ist seit 2008 ebenfalls Vorsitzender der Partei «Einiges Russland».

Naher und mittlerer Osten

Syrien

Der «arabische Frühling» zeigte sich vorerst als Revolution gegen die bestehende Diktatur von Präsident Baschar al-Assad. Inzwischen hat sich die Auseinandersetzung zum Bürgerkrieg entwickelt. Der Waffengang ist blutig und führt auf jeder Seite zu Verlusten. Ab dem 16. April beurteilen UNO-Beobachter die Lage. Der Friedensplan von Kofi Annan, Beauftragter der UNO, soll durchgesetzt werden.

Türkei

In der Türkei treten die Spitzen der Armee geschlossen zurück. Das aus Protest gegen die Inhaftierung von rund 250 Generälen und Offizieren durch die Regierung Erdogan. Das markiert eine Zäsur in der Geschichte des Landes, wo die mächtige Armee immer eine Son-

derrolle einnahm. Vorgängig hatte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan zum dritten Mal die Parlamentswahlen eindeutig gewonnen. Mit diesem Sieg fühlte sich Erdogan stark genug, um gegen die Armee vorzugehen.

Am 23. Oktober erschüttert ein schweres Erdbeben der Stärke 7,2 auf der Richterskala die Osttürkische Provinz Van. Da das Epizentrum in relativ geringer Tiefe unter der Erdoberfläche lag, entwickelte es eine grosse Zerstörungskraft. Viele Gebäude stürzen ein, und es kommen 500 Personen ums Leben.

Israel/Palästina

Am 10. Oktober einigen sich Israel und die Hamas auf einen Gefangenenaustausch. Der vor über fünf Jahren gefangen genommene israelische Soldat Gilad Schalit wird gegen tausend palästinensische Häftlinge ausgetauscht. Darunter befinden sich 280 Attentäter, die zu lebenslänglichen Strafen verurteilt worden waren.

Irak

Der amerikanische Präsident Obama kündigt per Ende 2011 den Abzug aller amerikanischen Kampftruppen an. Bei einer vorangegangenen Aussprache mit dem irakischen Präsidenten Nuri al-Maliki konnten sich die beiden Seiten nicht über die Immunität der amerikanischen Soldaten nach dem Dezember 2011 einigen.

Afrika

Tunesien

Nach dem Sturz des Diktators Ben Ali wird Moncef Marzouki von der verfassungsgebenden Versammlung als Übergangspräsident bis zu den endgültigen Wahlen bestimmt.

Ägypten

Nach dem Sturz von Hosni Mubarak wird Ägypten provisorisch vom Militärrat unter der Führung von Mohammed Hussein Tantawi geführt. Der Militärrat bestimmt den jeweiligen Ministerpräsidenten. Die Lage im Land ist sehr instabil, und es kam zu verschiedenen Terroranschlägen.

Jemen, Libyen, Südsudan

In *Jemen* wird Präsident Salil am 26. Februar durch Abed Rabbo Mansur Hadi ersetzt.

Libyen wird von einem Übergangsrat geführt.

In Juba wird am 9. Juli der *Südsudan* offiziell unabhängig. Er wird der 53. Staat Afrikas und wenige Tage später als 193. Mitglied der UNO aufgenommen. Im Januar hatte sich im Rahmen eines Referendums eine grosse Mehrheit für die Unabhängigkeit vom Norden ausgesprochen.

Nord- und Südamerika

USA

Am 14. Mai wird der Direktor des internationalen Währungsfonds (IWF) Dominique

Strauss-Kahn auf dem New Yorker Flughafen John F. Kennedy festgenommen. Die Vorwürfe der Behörden lauten auf sexuelle Übergriffe, versuchte Vergewaltigung und Freiheitsberaubung. Die Tätlichkeiten soll Strauss-Kahn an einem Zimmermädchen in einem Hotel begangen haben. Medienwirksam wird er in Handschellen abgeführt. Die Bilder stossen auf ein starkes Echo, speziell natürlich in seinem Heimatland Frankreich. Er galt bisher als aussichtsreichster Kandidat der französischen Sozialisten im kommenden Kampf gegen Präsident Sarkozy um die Präsidentschaft. Der Vorfall läutet das Ende seiner bisher brillanten Karriere ein. Wenige Tage später wird er formell angeklagt, und er gibt seinen Rücktritt als IWF-Chef bekannt. Anfang Juli wird der verfügte Hausarrest wegen Zweifeln der Staatsanwaltschaft an der Glaubwürdigkeit des Opfers aufgehoben. Vorerst darf er aber das Land nicht verlassen. Erst Ende August wird das Verfahren eingestellt und Dominique Strauss-Kahn in die Freiheit entlassen.

Am 8. Juli startet die Raumfähre ATLANTIS zum 135. und letzten Flug eines Space-shuttels. Damit geht die 30-jährige Ära der US-amerikanischen Raumfahrten zu Ende.

WETTBEWERB

Blasinstrumente

Oboe

Das Wort Oboe leitet sich aus dem französischen Hautbois, «hohes Holz», ab. Besonders an diesem Instrument ist das Mundstück, Rohr genannt, das vom Oboisten selber gefertigt und gepflegt wird.



Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 99

Asien

Afghanistan

Ende Juni legt der amerikanische Präsident Obama einen Zeitplan für den Rückzug der Kampftruppen seines Landes vor. Danach werden 33 000 Soldaten bis zum Sommerende 2012 abgezogen. Die Zahl der verbleibenden 70 000 Soldaten wird stufenweise ebenfalls reduziert. Sie sollen nur noch die afghanischen Streitkräfte ausbilden.

Der ehemalige Präsident Rabbani wird im September bei einem Selbstmordanschlag getötet. Als Präsident des afghanischen Friedensrates führte er Gespräche mit den Taliban. Nach dem Anschlag erklärt der gegenwärtige Präsident Karzai den Dialog mit den Taliban für sinnlos und beendet.

Japan

Am 29. August wird der bisherige Finanzminister Yoshihiko Noda zum neuen Ministerpräsidenten ernannt. Noda ist bereits der sechste Ministerpräsident innert fünf Jahren. Sein Vorgänger Naoto Kan trat zurück, nachdem Kritik an seinem Krisenmanagement nach Erdbeben, Tsunami und Atomkatastrophe geübt wurde.

Pakistan

Am 1. Mai gelingt einer US-Spezialeinheit die Eliminierung von Osama bin Laden. Er hielt sich seit Jahren in einem Gebäudekomplex in Abbottabad unweit der Hauptstadt Islamabad versteckt. Die Amerikaner spürten einen Vertrauten des Terroristenführers auf, der sie schliesslich zum gesuchten Versteck führte. Nach aufwendigem Training und langer Beobachtung gelang es in einer brillanten Kommandoaktion, in den Gebäudekomplex einzudringen. Osama bin Laden und vier weitere Personen wurden getötet. Der Leichnam von Osama bin Laden wurde vorerst zur zweifelsfreien Feststellung der Identität mitgenommen. Anschliessend wurde der Leichnam auf hoher See bestattet. Damit endet eine fast zehnjährige Jagd auf den Terroristen. Die Nachricht vom Tode bin Ladens löst in Washington und in

New York am Ground Zero spontane Jubelfeiern aus. Die Führung der Kaida bestätigt am 5. Mai den Tod ihres Führers und stösst Vergeltungsdrohungen aus. Die internationale Politik reagiert weitgehend mit Genugtuung. Die Sicherheitskräfte von Pakistan werden aber scharf kritisiert. Wie war es möglich, dass sich bin Laden jahrelang und unbemerkt in städtischem Gebiet in einer Garnisonsstadt nahe der Hauptstadt aufhalten konnte? Als sein Nachfolger wird sechs Wochen später der Ägypter Aiman az-Zawahiri, ein Augenchirurg, gewählt. Er gilt als wichtiger Kaida-Ideologe und war federführend bei den Anschlägen vom 11. September 2001. Ende August wird auch die Tötung der Nummer 2 der Kaida, Atijah Abd al Rahman, nach einem Drohnenangriff bekanntgegeben.

Nordkorea

Am 17. Dezember verstirbt der Diktator Kim Jong-il. Sein Begräbnis wird prunkvoll zelebriert, obschon der Staat verarmt ist. Als Nachfolger wird sein jüngster Sohn Kim Jong-un am 29. Dezember zum neuen Führer des Staates bestimmt. Er wurde 1983 oder 1984 geboren, und es zirkulierten immer wieder Gerüchte, dass er in den Jahren 1998 bis 2000 in Köniz zur Schule gegangen sei.

Australien/Neuseeland

Neuseeland

Das Containerschiff «Rena» fährt am 5. Oktober an der Ostküste auf ein Riff auf. Es kann nicht mehr gerettet werden und zerbricht schliesslich. Es gelingt nicht, alles Schweröl abzupumpen, und es kommt zu einer Verschmutzung der Küste.

Sport

In der letzten Runde der Schweizer Fussballmeisterschaft wird der FC Basel am 25. Mai Schweizer Meister 2011. Es ist sein 14. Titel.

Am 1. Juni wird der 75-jährige Schweizer Josef Blatter zum FIFA-Präsidenten wiedergewählt. Vorausgegangen war heftige Kritik am «System Blatter». Er verspricht Reformen.

Die 75. Tour de Suisse wird am 19. Juni vom Amerikaner Levi Leipheimer gewonnen. Er konnte in der letzten Etappe den Italiener Damiano Cunego noch abfangen und beendet die Tour mit dem äusserst knappen Vorsprung von vier Sekunden.

Das Nachwuchsteam der U-21-Fussballer verliert im Final in Århus 0:2 gegen die spielstarken Spanier. Trotzdem ist der Gewinn der Silbermedaille ein grosser Erfolg. Das Team qualifiziert sich damit ebenfalls für die Olympischen Spiele 2012 in London.

Der Tennisspieler Novak Djokovic krönt seine erfolgreiche erste Saisonhälfte mit einem Sieg in Wimbledon. Gleichzeitig übernimmt er die Führung in der Weltrangliste. Seit 2004 ist erstmals ein anderer Spieler als Federer oder Nadal an der Weltspitze. – Djokovic gewinnt auch das letzte Grand Slam-Turnier in New York. Im Final schlägt er Nadal und im Halbfinal eliminiert er Federer. Damit gewinnt Roger Federer erstmals seit 2002 keinen Major-Titel. Gegen Ende Jahr spielt Roger Federer wieder stark. Er gewinnt mehrere Turniere, so auch das Masters-Turnier der besten acht Spieler der Welt während des Jahres.

Die Nationalmannschaft der Fussballer verliert das vorletzte Qualifikationsspiel für die Europameisterschaft gegen Wales 0:2 und kann sich damit nicht mehr für die Endrunde qualifizieren.

Der Autorennfahrer Sebastian Vettel verteidigt seinen Weltmeistertitel. Bereits vier Rennen vor Schluss der Weltmeisterschaft reichte ihm ein dritter Rang, um die Krone zu verteidigen. Er ist der jüngste Formel-1-Rennfahrer, dem dies gelingt.

In der höchsten Spielklasse des Fussballs bleibt in diesem Jahr einzig der Ball rund. Alle

drei Westschweizer Vereine haben mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Sion steht seit Monaten vor Gerichten wegen des Einsatzes von noch nicht spielberechtigten Spielern und wird mit einem empfindlichen Punkteabzug bestraft; Xamax-Neuchâtel muss Konkurs anmelden und verschwindet von der Bildfläche; Servette-Genf ist ebenfalls in ein Konkursverfahren mit unsicherem Ausgang verwickelt. Derweil spielt der FC Basel einsam an der Spitze der Tabelle und wird am 29. April vorzeitig Schweizer Meister. Der FC Basel sorgte auch in der Champions League für Furore, gelang es ihm doch am 7. Dezember, den hoch favorisierten Gegner Manchester United im Achtelfinal auszuschalten. Im Viertelfinal scheiden die Basler dann gegen Bayern München aus.

Im prestigeträchtigen Lauberhorn-Abfahrtsrennen gelingt dem Berner Beat Feuz ein vielbeachteter Sieg. Das war ein Höhepunkt in sei-



Beat Feuz, Sieger der Lauberhorn-Abfahrt (Foto Keystone)

ner Saison mit vier Siegen und 13 Podestplätzen.

Didier Cuche zieht sich am Ende der Saison zurück. Er erreichte insgesamt 21 Siege, seine absolute Lieblingsstrecke war der Hahnenkamm, wo er fünfmal erfolgreich war.

Mit seinem Sieg im Gesamtweltcup setzt sich ein Schweizer – Dario Cologna – bei den Langläufern durch.

Was sonst noch geschah

Der Schweizer Wettermoderator Jörg Kachelmann wird am 31. Mai vom Landgericht Mannheim nach einem neun Monate dauernden Prozess wegen Vergewaltigung freigesprochen.

Der ehemalige Chef der Deutschen Bundesbank Axel Weber wird im Juli als neuer Präsident der UBS nominiert. Er soll ab Mai 2012 als vollamtlicher Vizepräsident wirken und ab Mai 2013 die Präsidentschaft von Kaspar Villiger übernehmen. Dieser Plan wird allerdings

durchkreuzt durch folgende Geschehnisse: Am 15. September muss die UBS einen Verlust von 2,3 Milliarden Dollar aus einem Geschäft ihrer Investmentbank in London bekanntgeben. Ein einzelner Händler verursachte diesen durch eine unautorisierte Transaktion. Der Konzernleiter Oswald Grübel übernimmt die Verantwortung und tritt ab; ersetzt wird er durch den Tessiner Sergio Ermotti. Axel Weber hat bereits 2012 das Präsidium des Verwaltungsrates vom zurücktretenden Kaspar Villiger übernommen.

In Norwegen fordert am 22. Juli ein verheerender Doppelanschlag 76 Menschenleben. Bei der Explosion einer Bombe in der Nähe des Sitzes der Regierung werden acht Personen getötet. Nur zwei Stunden später erschiesst der Attentäter auf der nördlich von Oslo gelegenen Insel Utöya 68 Kinder und Jugendliche. Sie be-

Die Costa Concordia nach der Havarie (Foto Keystone)



fanden sich in einem politischen Sommercamp der regierenden Arbeiterpartei. Der rechts-extreme Attentäter gesteht die Tat, ist sich aber keiner Schuld bewusst.

Der Gründer und CEO des amerikanischen Computerkonzerns Apple tritt am 24. August aus gesundheitlichen Gründen zurück. Am 8. Oktober erliegt er seiner Krankheit. Der charismatische Steve Jobs brachte viele revolutionäre Produkte der Computerbranche auf den Markt. Neben den MACs hatte Apple grossen Erfolg mit iPhone und iPad.

Der Verwaltungsrat der Schweizerischen Post ernennt am 23. November die 53-jährige Susanne Ruoff zur zukünftigen Konzernchefin. Sie ist Ökonomin und wird die erste Frau an der Spitze der Post sein. Der bisherige Konzernleiter Jürg Bucher geht im August 2012 in Pension.

Am 13. Februar erleidet die Costa Concordia eine fatale Havarie vor der toskanischen Insel Giglio. Insgesamt waren 4229 Personen an Bord, darunter 69 Schweizer. Trotz einem chaotischen Rettungsverlauf können die meisten Personen gerettet werden. Der Kapitän Francesco Schettino wird stark kritisiert, da er das Schiff zu nahe an die Insel führte, die Evakuierung zu spät anordnete und sich selbst viel zu früh rettete. Beim Unglück kamen 32 Personen ums Leben.

WETTBEWERB

Blasinstrumente

Klarinette

Die Klarinette wurde um 1700 erfunden. Man trifft sie sowohl in klassischen Orchestern wie auch in der Unterhaltungsmusik und im Jazz.



Siehe Wettbewerbsfragen auf Seite 99

Emmental LEBENS Lust

Das erste Landmagazin der Schweiz!
Am Kiosk oder im Abonnement erhältlich.



Die SCHÖNSTEN Seiten unserer Region
Menschen | Geschichten | Mythen | Brauchtum | Kultur |
Landschaft | Natur | Handwerk | Gewerbe

www.landverlag.ch